

steht das Bestreben, die Golddeckung auszugestalten; denn bis dahin waren es vor allem britische und ägyptische Schatzscheine, welche die Währung deckten. Es ist tatsächlich gelungen, eine Goldreserve von über 60 Millionen ägyptischen Pfund anzulegen, die heute rund ein Drittel des Notenumlaufes deckt. Man hat die Dollar- und sonstigen Hartwährungseingänge aus der Baumwollausfuhr systematisch zurückgehalten und 1949 ein eigenes „Exportpfund“ geschaffen.

Zu einschneidenden Maßnahmen sah sich Persien genötigt, seitdem die Devisen aus der Erdölkonzession ausgeblieben sind. Entgegen pessimistischen Voraussagen, die einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes als unvermeidlich hingestellt hatten, ist es im Mai dieses Jahres gelungen, den Rialkurs (nominelle Parität 1 Dollar = 32,25 Rials), der bereits auf 83,50 abgeschwächt war, bei 74,25 zu stabilisieren. Der Notenbank wurden zu diesem Zwecke Beträge aus den 8,8 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, welche vom Internationalen Währungsfonds gegen Rials gekauft wurden. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß nach Bereinigung des Erdölstreites eine weitere Revalorisierung der persischen Währung eintreten werde.

*Neue Probleme der politischen Moral.* Wir haben unlängst in Deutschland mehrfach von dem „Skandal“ gehört, daß Parlamentarier von privater Seite für Zwecke ihrer Partei oder ihres politischen Programms Unterstützungen angenommen haben. Nun haben die USA jüngst einige nicht ganz gleiche aber doch verwandte Fälle gehabt. Wie zurückhaltend man über dieses ganze Problem zu urteilen hat, können wir aus einem Kommentar der Zeitschrift „America“ lernen. „Neue Probleme der politischen Moral“ überschreibt sie ihre Untersuchung (4. Okt. 1952, S. 7 ff.).

Da ist der sogenannte „Fall Nixon“. Der kalifornische Senator und künftige Vizepräsident der USA Richard M. Nixon hatte aus Kreisen seiner politischen Anhänger seit den Senatswahlen von 1950 Unterstützungsgelder in Höhe von über 16000 Dollar erhalten. Nach seinen Aussagen hatte er das Geld angenommen, um nicht der Bundesregierung und damit den Steuerzahlern zur Last zu fallen. Ausgegeben wurde es für politische Zwecke, als da sind: Porto, Reisespesen, Druckkosten für Redner und Dokumente. Nixon erklärte, er hätte Geld in seinem Kampf gegen Kommunismus und Korruption benötigt. Zudem soll die Unterstützung gar nicht durch seine Hand gegangen, sondern von einem Ausschuß verwaltet worden sein.

Ein anderer Fall wurde später bekannt. Der Gouverneur (und Präsidentschaftskandidat des letzten Wahlkampfes) Stevenson gewährte einigen seiner Beamten in der Staatsverwaltung von Illinois Zuschüsse aus privaten Mitteln in Form von Geschenken — gewöhnlich zu Weihnachten. Er wollte auf diese Weise den Abstand zwischen der Höhe ihrer Staatsgehälter und dem Einkommen verringern, das sie haben würden, wenn sie in einem privaten Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Dadurch sollten Beamte in Schlüsselstellung an der Stange gehalten und andere geeignete Kräfte angezogen werden. Die Mittel für die Geschenke stammten aus Überschüssen im Wahlfonds, was den Beamten allerdings unbekannt war.

Hatten einige deutsche Parlamentarier Geld hauptsächlich für Parteizwecke angenommen, so waren es drüben aus Parteikreisen gestiftete Summen, die für die amtlichen oder Dienstaufgaben der betreffenden Volksvertreter aufgewandt wurden, weil die vom Staat gewährten Diäten und Unkostengelder nicht ausreichten. Bei den Beamten des Gouverneurs wurde das Gehalt mit Überschüssen aus der Wahlkasse aufge bessert. In den amerikanischen sowohl wie in den deutschen Fällen geht die Frage nun darum: sind die im Dienste des Volkes stehenden Männer nicht in ihrer Unabhängigkeit und damit in der Ausübung ihres

Amtes gefährdet, wenn sie finanziell von bestimmten geldkräftigen Interessenten ausgehalten oder doch unterstützt werden? Nicht daß ein Beliebiger Unterstützung von irgendwem annimmt, ist bedenklich, sondern daß ein Mann auf einem Posten, der dem Gemeinwohl zu dienen hat, sich durch Geschenkannahme privaten Kreisen verpflichtet, die ihr Geld kaum jemals ohne bestimmte Hintergedanken spenden dürften.

Aber wie soll der Parlamentarier zwischen seinen Parteiinteressen und seinen Obliegenheiten als Volksvertreter immer fein säuberlich scheiden? Wie soll er u. a. auch seine nächste Wahl sichern, die er nur im Rahmen seiner Partei bestehen kann? Wie soll er die für seine Politik nötigen Einnahmen gewinnen, ohne der Öffentlichkeit mißliebig zu werden? Da scheint es dann manchem, daß verborgene, vertrauliche Spenden am wenigsten gefährlich sind. Der Zwiespalt ist der: Stellen die Abgeordneten einen öffentlichen Antrag auf Erhöhung ihrer Diäten, so wird der Durchschnittsbürger leicht Lärm schlagen, beziehen sie aber im stillen private Unterstützung, so riecht es nach Käuflichkeit.

Die „America“ schlägt für die drüben bekannten Fälle vor, die staatlichen Diäten und Spesenvergütungen zu erhöhen. Dabei erhält ein Senator der USA bis jetzt schon immerhin bis 12500 Dollars Jahresgehalt, zuzüglich einer Spesenvergütung, die sich auf 2500 Dollars Höchstgrenze belaufen kann. Auch die Gehälter der Staatsbeamten sollen so erhöht werden, daß sie nicht allzu sehr hinter denjenigen der Wirtschaft zurückstehen. Bei uns in Deutschland wird es sich darum handeln, den Politikern und Parlamentsmitgliedern im besonderen und den Parteien im allgemeinen finanzielle Quellen zu erschließen, die der Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegen.

*Apostolat des Meeres.* „Apostolatus Maris“ nennt sich eine Zusammenfassung nationaler Seemannsmissionen zu einem Weltbund. Der Hauptsitz, bisher Glasgow in Schottland, soll demnächst der Konsistorial-Kongregation in Rom unterstellt werden. Die Organisation hat den Zweck, die seelsorgliche Betreuung der Männer und Jugendlichen wahrzunehmen, die durch ihren Seemannsberuf von der ordentlichen Pfarrseelsorge nicht erreicht werden.

Fast alle Länder der Erde haben seit Jahrzehnten ihre eigenen Seemannsmissionen. Auch in Deutschland kannte man sie. In unseren Häfen gab es eigene Priester und Heime für die Seeleute. Doch durch den Nationalsozialismus und den Krieg wurde das ganze Werk zerstört. — Nun konnte am 1. Oktober 1950 ein neuer Anfang gemacht werden: ein Tagesheim, das zur Feier der heiligen Messe in eine Kapelle umgewandelt werden kann, eine Bücherei und ein Laienhelfer, der als Schiffsbesucher die Seeleute im Hafen aufsucht und zu den Veranstaltungen der Seemission einlädt. (Hamburg, Circusweg 1.) Der Sonntagsgottesdienst ist, den Anforderungen des Berufs entsprechend, auf den Nachmittag gelegt und war von Anfang an von Seeleuten aller Rassen und Nationen erstaunlich gut besucht. Ein Jahr später wurde am Donnerstag eine Werktagmesse eingeführt. Auch sie findet Anklang. Jetzt ist man dazu übergegangen, auf Schiffen, deren Mannschaft nicht an Land gehen kann, eine sogenannte Hafenmesse zu halten. Auch die „Seemannspost“ soll wieder erscheinen; eine Monatsschrift, die die Verbindung mit den Seeleuten in der Ferne und mit den Freunden der Mission auf dem Festland aufrecht erhalten soll.

*Deutschland an drittletzter Stelle.* Das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung hat für 25 Länder berechnet, wieviel pro Kopf der katholischen Bevölkerung für die Missionen (= Lire umgewechselt) aufgebracht worden ist. An erster Stelle steht USA mit 103 L, in großem Abstand folgt als zweites Neuseeland mit 71, dann